



Anna-Luise Achenbach

Zur Strafbarkeit von Betriebsratsmitgliedern

Eine Analyse strafbarer Handlungen
zum Nachteil des Arbeitgebers anhand
praxisrelevanter Fallkonstellationen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
----------------------	---

Einleitung	1
-------------------------	---

A. Sanktionsmöglichkeiten bei betriebsverfassungswidrigem Verhalten und Grundsatz der ultima ratio.....	3
B. Ziel und Aufbau der Untersuchung	4

1. Teil: Betriebsverfassungsrechtliche Grundlagen	7
---	---

A. Aufgaben und Wirkungskreis des Betriebsrats	8
--	---

B. Rechtsstellung des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz	10
---	----

I. Rechtsnatur des Betriebsrats	10
---------------------------------------	----

II. Rechtsverhältnis zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber.....	12
--	----

III. Rechts- und Vermögenfähigkeit des Betriebsrats.....	13
--	----

1. Partielle Rechts- und Vermögenfähigkeit des Betriebsrats	14
---	----

2. Beschränkung der Rechts- und Vermögenfähigkeit auf das Innenverhältnis	15
---	----

3. Die Rechtsbeziehungen des Betriebsrats zu Dritten	19
--	----

IV. Handeln als Gremium.....	20
------------------------------	----

C. Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.....	21
--	----

I. Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit	21
--	----

II. Ehrenamts- und Lohnausfallprinzip	24
---	----

1. Unentgeltlichkeit des Ehrenamts	25
--	----

2. Arbeitsbefreiung und Lohnausfallprinzip	25
--	----

a) Vornahme erforderlicher Betriebsratsaufgaben oder Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	26
--	----

b) Abmeldepflicht.....	28
------------------------	----

III. Kosten und Sachaufwand des Betriebsrats.....	30
---	----

1.	Kostentragungspflicht des Arbeitgebers	30
2.	Abwicklung der Kostentragungspflicht	32
a)	Inhalt des Anspruchs	32
b)	Nachweispflicht.....	33
3.	Kostenvorschuss	34
IV.	Koppelungsgeschäfte im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung	35
1.	Begriff des Koppelungsgeschäfts.....	37
2.	Zulässigkeit der Zustimmungsverweigerung.....	39
a)	Zustimmungsverweigerung nicht an bestimmte Gründe gebunden.....	41
b)	Zustimmungsverweigerung an den Normzweck gebunden	42
V.	Arbeitskampfverbot.....	43
1.	Maßnahmen und Mittel des Arbeitskampfes.....	44
a)	Streik.....	45
b)	Betriebsbesetzung und Betriebsblockade.....	46
2.	Umfassendes Kampfverbot.....	48
3.	Adressaten des Arbeitskampfverbots	49
VI.	Geheimhaltungspflicht der Betriebsratsmitglieder	50
1.	Betriebsverfassungsrechtlicher Geheimnisschutz	50
2.	Arbeitsvertraglicher Geheimnisschutz	53
3.	Weitere Verschwiegenheitspflichten.....	53
2.	Teil: Strafrechtliche Untersuchung	55
A.	Strafrechtliche Verantwortlichkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Normadressaten	55
I.	Entscheidung mit der Mehrheit einer Stimme	56
1.	Kausalität des Stimmverhaltens nach der Äquivalenztheorie in Verbindung mit der conditio sine qua non-Formel.....	56
2.	Kausalität des Stimmverhaltens nach Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	57
II.	Entscheidung mit solider Mehrheit.....	58
1.	Kausalität des Stimmverhaltens nach der Äquivalenztheorie in Verbindung mit der conditio sine qua non-Formel.....	59
a)	Der Erfolg in seiner konkreten Gestalt	59
b)	Kein Fall kumulativer Kausalität	60

c)	Kein Fall alternativer Kausalität.....	61
2.	Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung.....	62
3.	Zurechnung über § 25 Abs. 2 StGB nach Rechtsprechung und Teilen der Lehre	63
a)	Gemeinsamer Tatentschluss.....	64
b)	Gemeinsamer Tatbeitrag	65
4.	Ergebnis	65
B.	Strafbarkeit wegen Betrugs gemäß § 263 StGB	66
I.	Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen § 37 Abs. 2 BetrVG	67
1.	Fallbeispiel: Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.5.1983.....	67
2.	Tatsachen als Gegenstand der Täuschung	68
a)	Keine Wahrnehmung von Betriebsratsaufgaben	69
b)	Keine Erforderlichkeit der Arbeitsbefreiung	69
3.	Inhalt der Täuschung.....	70
a)	Täuschungsbewusstsein.....	70
b)	Täuschung bei Abmeldung.....	72
c)	Täuschung durch widerspruchslose Entgegennahme der Entgeltfortzahlung.....	73
aa)	Konkludente Täuschung	73
bb)	Täuschung durch Unterlassen	77
(1)	Betrug durch Unterlassen	77
(2)	Garantenpflicht von Betriebsratsmitgliedern	78
(aa)	Garantenstellung aus § 2 Abs. 1 BetrVG....	80
(bb)	Garantenstellung aus Arbeitsvertrag.....	81
(cc)	Garantenstellung aus Ingerenz.....	84
4.	Täuschungsbedingter Irrtum	85
5.	Vermögensverfügung und Vermögensschaden	87
a)	Vermögensverfügung.....	87
b)	Vermögensbegriff	89
c)	Ermittlung des Vermögensschadens.....	90
6.	Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung.....	91
7.	Fallbeispiel: Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.5.1983.....	93
II.	Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen § 40 Abs. 1 BetrVG.....	93
1.	Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 20.10.1993	94

2.	Geltendmachung eines Anspruchs als Täuschung über Tatsachen.....	95
3.	Inhalt der Täuschung	97
	a) Kostenerstattungsbegehren unter Vorlage von Nachweisen	97
	b) Kostenerstattungsbegehren ohne Nachweise.....	97
	aa) Rechtsansicht verbunden mit der Behauptung anspruchsbegründender Tatsachen	98
	bb) Rechtsansicht vertreten mit dem Anspruch auf Richtigkeit und Verbindlichkeit	101
4.	Täuschungsbedingter Irrtum	103
5.	Vermögensverfügung und Vermögensschaden	104
	a) Wertminderung	104
	b) Schadenskompensation	105
6.	Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung.....	106
7.	Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 20.10.1993	107
C.	Strafbarkeit wegen Untreue gemäß § 266 StGB.....	107
	I. Missbrauchstatbestand.....	108
	1. Nutzung eines gewährten Vorschusses zu betriebsratsfremden oder nicht erforderlichen Zwecken	108
	a) Verfügungs- oder Verpflichtungsbefugnis	108
	aa) Keine gesetzlich begründete Befugnis aus § 40 Abs. 1 BetrVG	109
	bb) Rechtsgeschäftlich begründete Befugnis.....	109
	b) Missbrauch der Befugnis	110
	aa) Weisung im Innenverhältnis.....	111
	bb) Begrenzung der Befugnis auch im Außenverhältnis	111
	c) Verletzung einer Vermögensbetreuungspflicht	112
	aa) Erfordernis der Vermögensbetreuungspflicht.....	113
	bb) Inhalt der Vermögensbetreuungspflicht	115
	cc) Vermögensbetreuungspflicht der Betriebsratsmitglieder	116
	2. Nicht erforderliche Kosten im Rahmen der gewöhnlichen Kostenabwicklung	119
	a) Verpflichtungsbefugnis	119
	b) Missbrauch der Befugnis	120
	II. Treubruchtatbestand	120

III.	Exkurs: Strafbare Teilnahme an einer Untreue am Beispiel der „Volkswagen-Affäre“	121
D.	Strafbarkeit wegen Nötigung gemäß § 240 StGB	124
I.	Zur Strafbarkeit bei Koppelungsgeschäften	126
1.	Fallbeispiel: Beschluss des Hessischen Landesarbeitsgerichts vom 13.10.2005	126
2.	Tatbestand.....	128
a)	Zustimmungsverweigerung als Drohung mit einem empfindlichen Übel.....	129
b)	Verweigerung der Zustimmung als Drohung mit einem Unterlassen	132
aa)	Sachgrundlose und normzweckwidrige Zustimmungsverweigerung.....	132
bb)	Vom Normzweck gedeckte Zustimmungsverweigerung.....	133
(1)	Drohung mit einem empfindlichen Übel auch bei rechtmäßigem Unterlassen	133
(2)	Drohung mit einem empfindlichen Übel nur bei pflichtwidrigem Unterlassen	134
(3)	Stellungnahme	135
c)	Nötigungserfolg.....	138
d)	Vorsatz.....	138
3.	Rechtswidrigkeit	139
a)	Verwerflichkeitsklausel als Prüfungsmaßstab der Rechtswidrigkeit	139
aa)	Funktion der Verwerflichkeitsklausel.....	139
bb)	Inhalt der Verwerflichkeitsklausel	141
b)	Verwerflichkeitsprüfung auch für den Betriebsrat?.....	142
c)	Überprüfung der Zweck-Mittel-Relation.....	144
aa)	Nötigungszweck	145
(1)	Unmittelbarer Nötigungszweck	146
(2)	Berücksichtigung von Fernzielen?.....	148
bb)	Nötigungsmittel.....	151
(1)	Intensität des Nötigungsmittels.....	151
(2)	Rechtmäßigkeit des Nötigungsmittels.....	153
(a)	Prinzip des mangelnden Zusammenhangs.....	153
(b)	Besonderheiten bei Rechtmäßigkeit des angedrohten Unterlassens.....	153
(3)	Vorrang staatlicher Zwangsmittel	158

4.	Fallbeispiel: Beschluss des Hessischen Landesarbeitsgerichts vom 13.10.2005	160
II.	Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen das Arbeitskampfverbot des § 74 Abs. 2 Satz 1 1. HS BetrVG	162
1.	Fallbeispiel: Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart gegen den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der DaimlerChrysler AG	163
2.	Tatbestand.....	164
a)	Streik als Mittel der Nötigung.....	164
aa)	Streik als Gewalt.....	164
bb)	Streik als Drohung mit einem empfindlichen Übel.....	169
cc)	Streik als Drohung mit einem Tun oder Unterlassen.....	170
(1)	Abgrenzung anhand von Wertungskriterien	172
(2)	Abgrenzung anhand des Kausalitätskriteriums.....	173
(3)	Stellungnahme.....	173
b)	Betriebsbesetzung und Betriebsblockade als Mittel der Nötigung.....	176
aa)	Betriebsbesetzung als Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel.....	177
bb)	Betriebsblockade als Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel.....	179
cc)	Betriebsbesetzung und Betriebsblockade als Dreiecksnötigung	179
(1)	Betriebsbesetzung und Betriebsblockade als Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel gegenüber den Arbeitnehmern des Betriebs.....	181
(2)	Nötigende Wirkung auf Seiten des Arbeitgebers.....	183
c)	Nötigungserfolg.....	184
d)	Exkurs: Betriebsbesetzung als Hausfriedensbruch gemäß § 123 StGB	184
e)	Vorsatz.....	187
3.	Rechtswidrigkeit.....	187
a)	Nötigungszweck.....	188

b)	Nötigungsmittel	191
aa)	Intensität des Nötigungsmittels.....	191
bb)	Vorrang staatlicher Zwangsmittel	192
4.	Täterschaft und Teilnahme	194
a)	Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme	194
b)	Vom Betriebsrat initiiertes Arbeitskampf	196
aa)	Vergleich zum gewerkschaftlich organisierten Arbeitskampf	196
bb)	Stellungnahme	197
5.	Fallbeispiel: Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart gegen den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der DaimlerChrysler AG	200
E.	Strafbarkeit wegen Erpressung gemäß § 253 StGB	201
I.	Zur Strafbarkeit bei Koppelungsgeschäften	201
1.	Vermögensverfügung und Vermögensnachteil.....	201
a)	Zustimmung als Kompensation	203
b)	Saldierung von Leistung und Zustimmung	205
2.	Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung	207
II.	Zur Strafbarkeit wegen Verstoßes gegen das Arbeitskampfvorbot des § 74 Abs. 2 Satz 1 1. HS BetrVG	208
1.	Vermögensverfügung und Vermögensnachteil.....	209
2.	Vorsatz und Absicht rechtswidriger Bereicherung	210
F.	Strafbarkeit wegen Verletzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	211
I.	Zur Strafbarkeit gemäß § 120 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 Satz 2 BetrVG	212
1.	Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 26.2.1987.....	212
2.	Tatbestand.....	213
a)	Verstoß gegen § 79 Abs. 1 Satz 1 BetrVG.....	213
b)	Unbefugtes Offenbaren oder Verwerten eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses.....	214
c)	Subjektiver Tatbestand.....	216
d)	Besonderes persönliches Merkmal.....	216
3.	Rechtswidrigkeit.....	216
a)	Prozessuale Zeugnispflicht	217
b)	Rechtfertigender Notstand	219
4.	Qualifikation, § 120 Abs. 3 Satz 1 BetrVG.....	220

5. Fallbeispiel: Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 26.2.1987.....	220
II. Zur Strafbarkeit gemäß § 17 Abs. 1 UWG.....	220
III. Zur Strafbarkeit gemäß §§ 38 Abs. 1 Nr. 2 c), 39 Abs. 2 Nr. 3 WpHG i. V. m. § 14 Abs. 1 Nr. 2 WpHG.....	221
1. Verstoß gegen § 14 Abs. 1 Nr. 2 WpHG.....	221
2. Unbefugtes Mitteilen oder Zugänglichmachen	222
3. Subjektiver Tatbestand	223
IV. Konkurrenzen	223
G. Fazit	223

Literaturverzeichnis.....	227
----------------------------------	------------